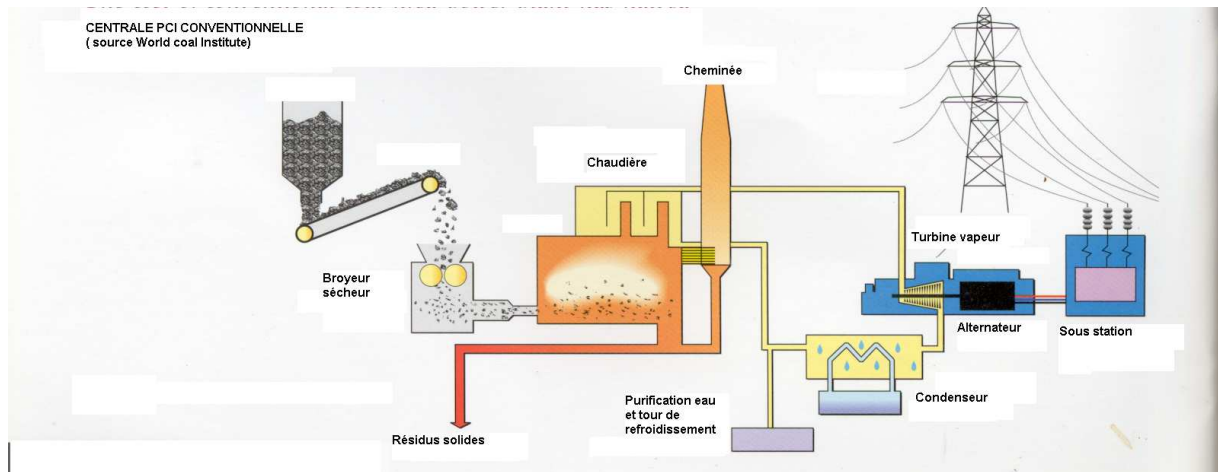


« Die Zukunft der Bergarbeiter – Die Rolle der Sozialpartner –
Der Klimawandel und seine Auswirkungen auf die
Beschäftigungslage im Bergbau »
« Future of Miners – The role of social partners –
Climate change and their impact for employment in the
mining industry»

EINLEITENDER BERICHT

Förderprojekt der Europäischen Kommission (Referenzcode: VP/2009/0459)



Die Grafik wurde aus Unterlagen des World Coal Institute übernommen.

Centrale PCI conventionnelle = herkömmliches PCI-Kraftwerk

Broyeur sécheur = Zerkleinerer/Trockner

Résidus solides = Restrückstände

Chaudière = Kessel

Purification eau et retour refroidissement = Wasserreinigung und –rückführung in das Kühlsystem

Cheminée = Schornstein

Turbine vapeur = Dampfturbine

Alternateur = Wechselstromgenerator

Sous-station = Schaltanlage

I. AUFGABENSTELLUNG

Gemäß der uns übertragenen Aufgabe ist unsere Mitwirkung bei 6 Punkten erforderlich:

- Fragebogen zwecks Ermittlung von bewährten Methoden zu Zeiten des Klimawandels und der Ergebnisse des Sozialdialogs in süd- und mittelosteuropäischen Ländern.
- Analyse der ermittelten Ergebnisse und Erörterung der Analyse im Rahmen einer Konferenz
- Bericht über die allgemeine Situation im Bergbau (in der Bergbauindustrie) Europas.
- Analyse und Auswahl bewährter Methoden gemäß der eigenen Normativen der Organisation. Vorstellung auf der gleichen Konferenz.
- Aktive Beteiligung an den Vorbereitungs- und Auswertungssitzungen (Erstere zwecks Zusammenstellen der Fragebögen).
- Teilnahme an wichtigen Projekt ereignissen.

Zusammen mit den Arbeitsgruppenmitgliedern haben wir in diesem Rahmen ein Dokument mit dem Titel „Länderbericht“ erarbeitet. Danke für die Zusammenarbeit. Den Abschlussbericht haben wir den sieben Mitgliedsländern zugeschickt, namentlich:

Bulgarien
Deutschland
Polen
Rumänien
Spanien
Tschechische
Republik
Ungarn

Wir danken den Mitgliedsorganisationen für ihre Bemühungen und die viele Zeit, die sie für die Ausarbeitung der Antworten aufgewendet haben.

Wir stehen zur Verfügung, um Schlussfolgerungen zu ziehen und alle Fragen zu beantworten, die beim Studieren des Dokuments auftreten können.

INHALTSVERZEICHNIS

THEMEN	SEITE
I. AUFGABENSTELLUNG	2
II. LAGE DES INDUSTRIEZWEIGS IN EUROPA	4
III. AUFARBEITUNG DER ANTWORTEN UND LÄNDERBERICHTE	8
3.1 LAGE DER KOHLEINDUSTRIE IN DEN EINZELNEN LÄNDERN	8
3.2 ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN IN DEN EINZELNEN LÄNDERN	13
3.3 FOLGEN VON SCHLIESSUNGEN UND UMSTRUKTURIERUNGEN	16
3.4 ROLLE, ZUSAMMENARBEIT UND AKTIVITÄTEN DER SOZIALPARTNER	20
3.5 SOZIALDIALOG: QUALITÄT DES SOZIALDIALOGS UND SEIN PLATZ IN DEN GEWERKSCHAFTEN	22
✓ ZUR DISKUSSION ZU STELENDE SCHLUSSFOLGERUNGEN (IN ABSÄTZEN 3.4 UND 3.5)	23
IV. ALLGEMEINE SCHLUSSFOLGERUNGEN UND ERWARTUNGEN	25
ANLAGEN	

II. LAGE DES INDUSTRIEZWEIGS IN EUROPA

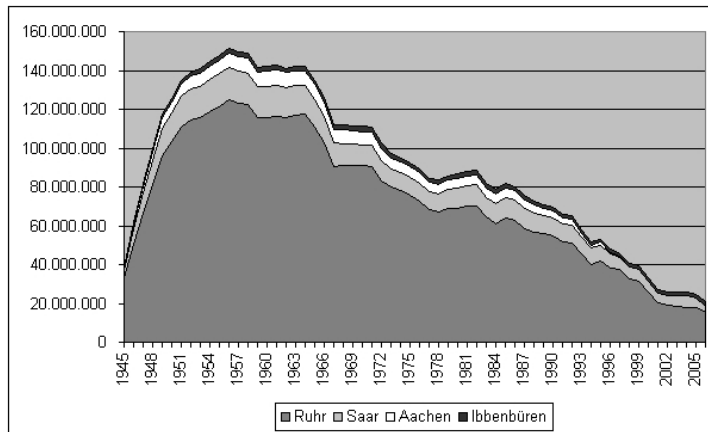
Dieses Kapitel enthält einen allgemeinen Lagebericht, dessen Ziel es ist, den Projektteilnehmern eine hinreichende Orientierung im europäischen Rahmen zu ermöglichen.

Wann immer vom Bergbau die Rede ist, hört man die Feststellung, dass die Förderung zumeist sinkt, Bergarbeiter entlassen und Bergwerke geschlossen werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg stieg der Verbrauch von Erdöl, die Transportkosten sanken, und damit nahm der Import von Kohle aus Übersee zu. Das führte 1957 zur Kohlekrise. Plötzlich wurden Rationalisierung und Senkung der bis dahin steigende Tendenz aufweisenden Kohleförderung wichtig. Trotz dieser Tatsache trug der Industriezweig in großem Maße zur wirtschaftlichen Entwicklung nach dem Krieg bei, was mit der Schaffung von Arbeitsplätzen einherging. Bis heute ist es nicht gelungen, den Verlust dieser Arbeitsplätze völlig auszugleichen.

Trotz Rationalisierung und Konzentration konnte die Förderung gegenüber der Importkohle, deren Marktpreis aufgrund der viel billigeren Förderkosten besser war, nicht wettbewerbsfähig bleiben. Angesichts dieser Situation versuchten einige Länder ab Beginn der sechziger Jahre, den Fördermengenrückgang und Verlust von Arbeitsplätzen zu verlangsamen. Im Vertrag über die **Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl** (EGKS, englisch: European Coal and Steel Community, ECSC) wurden die Bedingungen für Konzessionen bezüglich der Kohlesubventionen festgelegt. Nach zahlreichen Abänderungen bildet seit 2002 eine EG-Verordnung die gesetzliche Grundlage für diese Subventionen. Ab 1996 führte die ständige Verringerung der Subventionen zu einem Rückgang der Fördermengen und einer stufenweisen Stilllegung von weniger effizienten Kohlebergwerken.

In Frankreich wurde die Steinkohleförderung 2004 mit der Schließung des Bergwerks in La Houve völlig eingestellt. In Belgien schloss man 1992 die letzte Mine im Becken von Campine, wobei die Kohleförderung in der Wallonie schon fünf Jahre früher eingestellt worden war.

Anfang der 90er Jahre fand die Kohleförderung in Irland (1992), Schweden (1993), Italien und Portugal (1994) ihr Ende. Die Niederlande stellten den Kohlebergbau schon 1974 ein, als das große Erdgasfeld bei Groningen entdeckt wurde, weil Erdgas eine viel einfacher hervorbringende Energiequelle ist. Heute bauen in Westeuropa nur noch 4 Länder Kohle ab: Deutschland, Großbritannien, Spanien und Norwegen, wobei auch in diesen Ländern die Fördermenge ständig sinkt.



In Deutschland sank 1957 die Zahl der Bergwerke um 153 und betrug 2007 nur noch 8, von denen sich 6 im Ruhrgebiet, 1 in Ibbenbüren und 1 im Saar-Beckengebiet befinden. Im Aachener Becken, dem ältesten Kohlerevier, ging die Förderung von 150 auf 20 Millionen Tonnen zurück.

(Entwicklung der Kohleförderung in den deutschen Steinkohlebecken)

Der Umstrukturierungsplan für die deutsche Kohleindustrie sieht eine stufenweise Senkung staatlicher Subventionen von 2,6 Mrd. € im Jahre 2006 auf 2,1 Mrd. € im Jahre 2010 vor. Bis dahin sollen die Fördermenge auf 18,2 Megatonnen verringert und zwei weitere Bergwerke geschlossen werden, während gleichzeitig die Beschäftigtenzahl von 35.000 auf 25.000 zurückgeht. Die vollständige Einstellung des Steinkohlebergbaus in Deutschland ist für 2018 geplant. Allerdings findet 2012¹ eine Überprüfung statt.

Großbritannien Mitte der 1980er Jahre wurde die Förderung unter der Thatcher-Regierung radikal gedrosselt. Obwohl die Bergleute ein ganzes Jahr lang streikten, wurden die Subventionen drastisch gesenkt. 1994 führten die tief greifende Umstrukturierung und Privatisierung von British Coal zu einem dramatischen Abbau der Beschäftigtenzahl um mehr als 97 % (1985 bis 2006 von 220.000 auf 6.000). Die Fördermenge, die 1990 noch 89,3 Millionen Tonnen betrug, sank bis 2005 in 13 Untertagebergwerken und 29 Tagebauen auf 20,5 Megatonnen. Betriebskostensubventionen wurden nur begrenzt und zeitweilig zum Ausgleich (Kompensation) der Weltmarktschwankungen (Fluktuation) gewährt. Im Prinzip war die britische Kohle der Konkurrenz durch die Importkohle ausgesetzt, obwohl die Wettbewerbsfähigkeit der Letzteren nur in einem sehr engen Rahmen gewährleistet werden konnte.

¹ Die Merkel-Regierung hat für 2018 die endgültige Einstellung der Unterstützung des Kohlebergbaus vorgesehen, was bedeutet, dass etwa 20 % des Heiz- und Strombedarfs selbst beim derzeit schwachen Verbrauchsanstieg nicht durch Kohle abgedeckt werden können, wenn es zu keinen Neuerungen auf anderen Gebieten kommt. Diese Angaben veröffentlichte die Internationale Energieagentur. Ein Regierungsbeschluss besagt, dass in der Zwischenzeit dem Kohlebergbau keine weiteren Subventionen gewährt werden, womit die Kohleförderung im Saarrevier und Ruhrgebiet im Untertagebetrieb und auch der Anthrazitabbau einfach eingestellt werden, deren Volumen sich derzeit auf 22 Millionen Tonnen beläuft, was 5 % der Weltproduktion entspricht, oder 18 % derselben, wenn man die Fördermengen Chinas unberücksichtigt lässt. Die Gewerkschaften sind der Meinung, dass dadurch allein in Deutschland 45.000 Arbeitsplätze im Bergbau selbst und weitere 80.000 in angeschlossenen Branchen verloren gehen.

In **Spanien**, dem Land mit der drittgrößten Kohleförderung in Europa, verteilt sich der Kohlebergbau auf sechs Steinkohlereviere im Norden des Landes – auf die Kohlebecken Asturien und León sowie Palencia, Katalonien, Teruel und Sur.

Auf das asturische Becken südlich von Oviedo entfallen 60 % der spanischen Fördermenge. Die Kohlereviere sind relativ klein, isoliert und stark bergbauabhängig. Mit der Privatisierung verringerte Spanien seine Fördermenge in den Jahren 1990 bis 2005 von 19,6 auf 10,2 Megatonnen. 2005 betrug die Beschäftigtenzahl noch 15.000. Die Bergbauindustrie Spaniens befindet sich nicht in einer so ungünstigen Lage wie die Deutschlands, eine wesentliche Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit hat unsicheren Ausgang, was die Möglichkeiten von langfristigen Perspektiven erschwert.

Im Hinblick auf die Bergbauindustrie ist das vierte Land in Europa Norwegen, wo man sich, wenn auch geringfügig, so doch in eine positive Richtung bewegt hat. Auf dem Svalbard-Archipel wurde im Jahr 2000 die Förderung, die in den 90er Jahren 300.000 Tonnen erreicht hatte, erweitert. Nachdem 2003 mit fast 3 Megatonnen die größte Menge gefördert wurde, ging sie bis 2005 in 9 Bergwerken auf 2,3 Megatonnen zurück.

Insgesamt sank die Kohleförderung in **Westeuropa** seit 1970 auf ein Sechstel. 2007 belief sie sich auf nicht mehr als etwa 60 Megatonnen, was 1,2 % der weltweit geförderten Kohlemenge entspricht.

In **Osteuropa** sank die Kohleförderung weiter, doch erst nach 1990, als sich diese Länder für die Marktwirtschaft öffneten. Davor galt Kohle als „billige“ Energiequelle und Triebkraft der wirtschaftlichen Entwicklung. 1989 betrug der für vergaste Kohle festgesetzte staatliche Tarif nur 5 US\$/t, was nur einem Sechstel der Kohleförderkosten entsprach (Fuchs/Schiel 1997). Für Polen stellte der Export geförderter Kohle die wichtigste Deviseneinnahmequelle dar. Die geologischen Gegebenheiten der Kohlereviere in Polen und Tschechien sind mehr oder weniger mit denen in Westeuropa identisch.

Polen (größtes Kohleförderland in Osteuropa) hat seit 1990 5 Umstrukturierungspläne verwirklicht. Um zwei Drittel wurde die Beschäftigtenzahl gesenkt. 1990 belief sich die Arbeitnehmerzahl in 70 Zechen, die 150 Megatonnen Kohle förderten, auf 370.000. Seit 1994 liegt die Kohleproduktion des Landes über der der 15 EU-Länder. Polen förderte 2005 100 Megatonnen Kohle mit 127.000 Beschäftigten, womit es einen Anteil von 58 % an der Gesamtkohleförderung der 25 EU-Mitgliedsländer hat. Ein Fünftel der in Polen abgebauten Kohle wird exportiert. Gegenwärtig ist der Kohlebergbau in Oberschlesien und den viel kleineren Bergwerken in Niederschlesien und Lublin

gewinnbringend. Allerdings werden sich die mit dem EU-Beitritt zu erwartenden Lohnerhöhungen auf die Förderkosten auswirken.

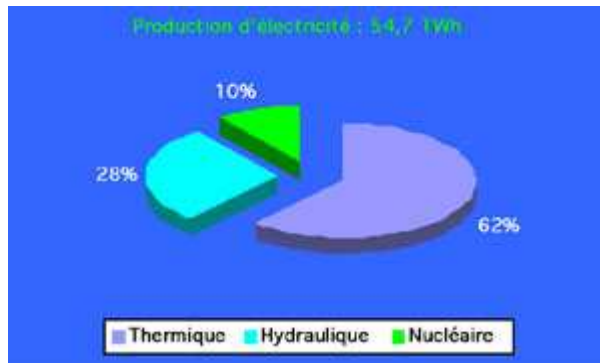
In der **Ukraine** ist der Kohlebergbau seit 1990 erheblich zurückgegangen - von 1990 bis 2005 um 42 %, von 135 auf nur noch 78,4 Megatonnen (Pleines 2006). Das Zentrum des ukrainischen Bergbaus befindet sich im großen Steinkohlebecken Donbass im Osten des Landes. Die Hälfte der Kohle, die besonders für die Stahlindustrie des Landes wichtig ist, wird in ungefähr 100 Bergwerken abgebaut. Etwa 100 km südlich vom Donbass entfernt liegt der Schwarzmeerhafen Mariupol, über den größtenteils der Export ukrainischer Kohle abgewickelt wird. Das kleinere Kohlerevier Lwow-Wolinsk nahe der westlichen Landesgrenze ist ein Ausläufer des Lubliner Kohlebeckens in Polen. Aufgrund des hohen Eigenverbrauchs an Kohle ist der Exportanteil relativ gering. Zum Schutz des einheimischen Verbrauchs erhöhte die Regierung 2005 die Bahntransportkosten und die Hafengebühren erheblich (Ritschel/Schiffer 2005). Mit dem Untergang der sowjetischen Planwirtschaft brachen auch die nach russischem Vorbild organisierten Subventionen für den ukrainischen Kohlebergbau zusammen. Bis Ende 2000 wurden 70 Zechen geschlossen und die Beschäftigtenzahl auf die Hälfte gekürzt. Seit 2003 läuft die zweite Umstrukturierung. Laut Plan müssen die meisten Bergwerke mit Unternehmen in der Kohleverarbeitung und im Kohlehandel zusammengelegt werden, damit 20 senkrecht integrierte Staatsunternehmen entstehen. Die restlichen Zechen sollen entweder privatisiert oder stillgelegt werden. Bis 2015 soll die Kohleproduktion von 96 auf 112 Megatonnen gesteigert werden.

Die Kohleindustrie in der **Tschechischen Republik** gestaltet sich ähnlich der spanischen. Nach der ersten Umstrukturierungs- und Privatisierungswelle begann 1993 die zweite. In der ersten Phase haben sie die Unternehmen umstrukturiert und in der zweiten Phase auch privatisiert. Der ganze Kohlbergbau wurde vor dem Jahr 2005 privatisiert. Die Beschäftigtenzahl wurde auf Viertel gesenkt, und die Produktion von Lignit ging von 76 auf 42 Megatonnen im Jahr 2009 zurück. Parallel ging die Produktion vom Schwarzkohl von 22,4 auf 11,1 Megatonnen im Jahr 2009 zurück. Die Kohlefelder von Ostrava-Karvina-Revier und die Braunkohlunternehmen im Nordosten des Landes blieben wie in den Revieren Plzen, Kladno, Trutnov, Hodonin im Nordwest des Landes. Nach den Privatisierung und Restrukturierung haben sie die ganze Menge vom Kohl auf dem Wert von Weltpreis ohne Konzession verkauft.

Die Beschäftigtenzahl wurde auf zwei Drittel gesenkt, und die Produktion ging 2005 von 22,4 auf 13,2 Megatonnen zurück. Den Kohlebergbau leitet ein in zwei Phasen privatisiertes Unternehmen im Osten Tschechiens im Ostrava-Karvina-Revier (der Fortsetzung der oberschlesischen Kohlefelder) und im Nordosten des Landes in den Revieren

Plzen-Radnice, Kladno-Rakovnik und Melnik. Die Beihilfenhöhe bei Bergwerksschließungen ist begrenzt.

In **Rumänien** ging das Fördervolumen im Kohlebergbau von 1990 bis 2005 von 4,4 auf 3,1 Megatonnen zurück. Die Kohleproduktion **Ungarns** und **Bulgariens**, die bei ca. 10 und 20 Millionen Tonnen liegt, ist im Vergleich zu den vorherigen Staaten verschwindend gering.



Tatsächlich ist die Energiesituation in Rumänien widersprüchlich.

Der Pro-Kopf-Energie- und Stromverbrauch liegt unter dem Durchschnitt der Europäischen Union. Trotzdem ist die Verschwendung unglaublich.

Der Boden Rumäniens ist reich an Energieträgern. Das Land ist der größte Erdöl- und Erdgasproduzent in Mitteleuropa. Große Bedeutung hat auch der Bergbau (hauptsächlich Braunkohle). Obwohl die noch aus Ceausescus Zeiten stammenden Produktionsmittel teilweise veraltet sind, kann die Produktion 78 % des primären Energiebedarfs decken. In Rumänien verteilt sich die auf 54,7 TWh geschätzte Stromproduktion auf Wärmekraftwerke (62 %), Wasserkraftwerke (28 %) und das Atomkraftwerk CERNAVODA (10 %).

Daraus folgt, dass die Wärmekraftwerke den größten Anteil an der Stromproduktion haben. Wärmekraftwerke wiederum stellen eine große Umweltbelastung dar, weil sie mit Kohle betrieben werden, überwiegend mit Braun- und Steinkohle von mittelmäßiger Qualität, deren Asche- und Feuchtigkeitsgehalt hoch ist. Weitere Heizstoffe sind Schweröl und Gas.

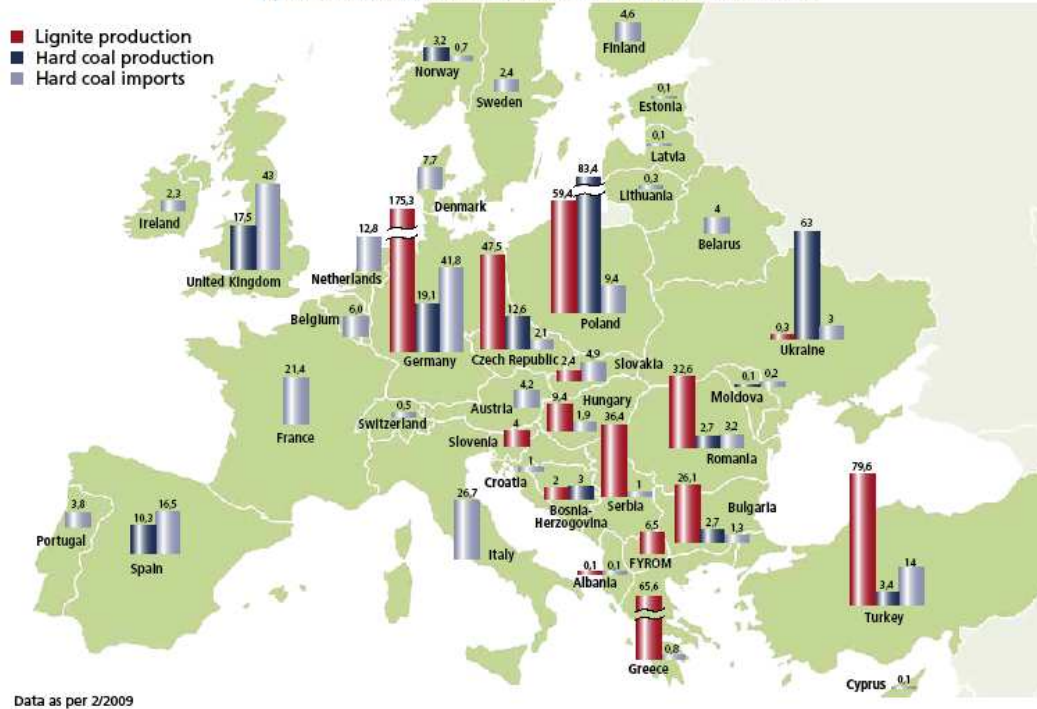
Der Beitritt Rumäniens zur EU stellte das Land vor zahlreiche Herausforderungen, besonders auf den Gebieten Stromerzeugung und Stromverbrauch. Zuerst muss Rumänien zu einer „saubereren“ Produktion übergehen. Da keine Überproduktion herrscht, werden die Produktionskapazitäten nur teilweise genutzt (im Leerlauf), wodurch die Verschmutzung pro erzeugter Kilowattstunde noch ansteigt. Außerdem sind die technischen Anlagen in den Wärmekraftwerken veraltet. Ein Teil von ihnen ist mehr als 10 Jahre und 50 % sind mehr als 20 Jahre alt, weshalb sie mit sehr niedrigem Wirkungsgrad arbeiten (30 % bei kohlebetriebenen Wärmekraftwerken und knapp 40 % bei Kraftwerken auf Heizöl- oder Gasbasis).

Im Hinblick auf die Modernisierung und den Beitritt des Landes zur Europäischen Union hat in Rumänien ausschließlich die Frage von Stromangebot und –nachfrage große Bedeutung. In erster Linie gilt es die bestehenden Wärmekraftwerke entsprechend der

europäischen Normen zu modernisieren und zu ertüchtigen, die Luftverschmutzung zu senken sowie den Wirkungsgrad der Produktion zu erhöhen.

Coal in Europe

Lignite production, hard coal production and imports in Mt in 2008



Quelle : EUROCOAL

III. AUFARBEITUNG DER ANTWORTEN UND LÄNDERBERICHTE

Die den Teilnehmern zugesandten Länderberichte umfassen fünf Hauptthemen:

- Situation des Kohlebergbaus im betreffenden Land
- Entwicklungsperspektiven auf nationaler Ebene
- Wahrscheinliche Folgen von Schließungen und Umstrukturierungen
- Rolle, Zusammenarbeit und Aktivitäten der Sozialpartner
- Sozialdialog: Qualität des Sozialdialogs und die Rolle der Gewerkschaften im Sozialdialog

Anhand der Antworten kann festgestellt werden, dass die Befragten aktiv an der Umfrage teilgenommen sowie klare Antworten und interessante Erläuterungen gegeben haben. Dafür vielen Dank.

3.1 – Lage der Kohleindustrie in den einzelnen Ländern

Die Informationen der befragten Gewerkschaften stammen überwiegend von Arbeitgebern, Exporten, staatlichen Stellen und der Europäischen Kommission. Informationen von anderen Gewerkschaften oder europäischen Verbänden (Föderationen) wurden von den befragten Gewerkschaften weniger genutzt.

Zwei Länder (Spanien und Rumänien) stützten sich auf ihre nationalen strategischen Pläne, in denen die Entwicklungsrichtung mittelfristig (Spanien – Strategischer Plan 2006-2012, der auch von der Entfaltung neuer, umfassender Aktivitäten „außerhalb der Bergwerke“ bei gleichzeitiger Berücksichtigung sozialer und regionaler Aspekte spricht) und langfristig (Rumänien – Strategischer Plan 2007-2020, der gerade verhandelt wird, im Anschluss an die Privatisierung einzelner Unternehmen) festgelegt ist. Über diese Pläne diskutierten die Teilnehmer auch auf der Konferenz im Juni, wobei sie Bilanz über bereits umgesetzte Maßnahmen zogen.

Die relative Einheitlichkeit (Homogenität) der Informationsquellen macht es möglich, dass:

- die europäische Föderation die gemeinsamen Quellen auf einer dafür geschaffenen Website zusammenfasst, oder mit einer Verknüpfung versieht.
- wir überlegen, welche Rolle die europäische Föderation spielen kann, um auch andere Informationsquellen zugänglich zu machen.

In den sieben Mitgliedsländern zeigt die wirtschaftliche Lage der Branche genau das oben (Kapital II) gezeichnete Bild. In der Branche ist die große Umstrukturierung vorüber, mit Ausnahme Rumäniens, wo sich diese Umstrukturierung in einem sehr komplizierten Umfeld im Rahmen eines langfristigen Strategieplans vollzieht, weshalb sich die Frage der

Vorkommen bei einzelnen Punkten noch immer stellt. In Deutschland zeigen die Antworten der Gewerkschaften klar und deutlich, wo man derzeit bei der Umsetzung des in Kapitel II, Seite 5 genannten Umstrukturierungsplans steht: Bis 2018 wird der Steinkohlebergbau eingestellt, wobei für 2012 noch einmal eine Überprüfung der Situation vorgesehen ist. Bezeichnend für die Branche in Spanien sind kleine Zechen, die fortlaufend umstrukturiert werden. Die Gewerkschaft UGT stellt sich den Herausforderungen der Umstrukturierung: Bei den Verhandlungen ist es gelungen, im Hinblick auf Umfang und Gewicht der Branche in der Wirtschaft des Landes ein Niveau zu vereinbaren, das als „akzeptabel“ bezeichnet werden kann.

Im Allgemeinen wird Kohle nur wenig für andere energetische Zwecke benutzt, drei Länder ausgenommen: Deutschland, Bulgarien und Tschechien, wo Kohle in der Stahlindustrie verwendet wird.

Die Gründe für die Umstrukturierung in den untersuchten Ländern haben wir in einer Tabelle zusammengefasst. Leitgedanke bei der Umstrukturierung war in den meisten Ländern die „Wettbewerbsfähigkeit“. (Das trifft im Westen auf Deutschland und Spanien ebenso zu wie im Osten auf Bulgarien, Rumänien und die Tschechische Republik.)

Hauptursachen für Umstrukturierungsmaßnahmen

Mitgliedsstaaten	Einsatz von Kohle für Energiezwecke sinkt	Wettbewerbsfähigkeit	Erhöhung der Produktivität	Privatisierung	Aufkauf und Fusion	Umweltschutz	Sonst.
Deutschland	X	X					X
Bulgarien	X	X	X	X		X	X
Spanien	X	X	X	X	X	X	
Ungarn							K.A. ²
Polen							X
Rumänien	X	X	X			X	X
Tschechische Republik		X	X	X		X	

Für den Einsatz von Kohle zu hauptsächlich Energiezwecken lassen sich drei Gründe anführen: die Entscheidung über die Energieform (Energimix), die schwierigen Förderbedingungen und die für zu hoch bewerteten Förderkosten. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang auch, dass in den Bergwerken, in denen noch gefördert wird, die Pflicht zur Produktivitätserhöhung führt zur neueren Schwächung der sozialen Gesichtspunkte.

² K.A: keine Angaben

Der Umweltschutz ist ein weiterer Aspekt, der die meisten, ja alle Länder betrifft, obwohl diese Frage drei Länder im Fragebogen nicht beantwortet haben. Umweltschutz ist also ein besonders wichtiges Thema, auf das wir bei den allgemeinen Schlussfolgerungen des Berichts noch einmal zurückkommen. In Deutschland ist der Steinkohlenimport gestiegen. In Bulgarien ist die Umstrukturierung eine zentrale Erscheinung, sie bedeutet den Übergang zur Marktwirtschaft. In Spanien nahmen die strukturellen Veränderungen Mitte der 90er Jahre nach Gewährung der Beihilfen ihren Anfang. 1993 setzte sich der neue Modernisierungsplan für den Zeitraum 1994 – 2005 die Modernisierung, Rationalisierung und Umgestaltung der Kohleindustrie zum Ziel. Zukunft und Bedeutung der Branche sind ständig wiederkehrende Fragen. In Rumänien sind die wichtigsten Gründe dafür folgende: sinkender Verbrauch auf Landesebene und langsam erschöpfte Vorkommen. Deshalb wird auf Gas umgestellt, es werden bestimmte technische Maßnahmen notwendig und die geologischen Bedingungen ändern sich. Da sich die vorherige Strategie als überholt erwiesen hat (1997), wurde eine neue ausgearbeitet (2010-2020), die nunmehr angenommen werden soll. Demgegenüber fasste die rumänische Regierung Anfang 2010 den Beschluss, auf Landesebene zwei Energieunternehmen für die Stromerzeugung zu schaffen. Diese beiden Unternehmen vereinen Bergbau- und Stromerzeugungsfirmen in sich. Gleichzeitig ist in der Bergbauindustrie eine tief greifende Umstrukturierung im Gange, was auch bedeutet, dass einzelne Unternehmen geschlossen und andere zwecks Kapitalisierung (oder Privatisierung?) modernisiert werden.

Faktoren, die zum Verlust von Arbeitsplätzen führen

Mitgliedsländer	Schließung	Umstrukturierung	Produktion	Energiemix	Wettbewerbsfähigkeit
Deutschland	X				
Bulgarien	X	X		X	
Spanien	X	X	X	X	X
Ungarn	X	X		X	X
Polen	X				
Rumänien	X	X	X	X	
Tschechische Republik	X	X	X		X

Die in der Tabelle aufgeführten Ursachen sind oft gleichzeitig präsent. Bergwerksschließungen sind in jedem befragten Mitgliedsland die Hauptursache für den Verlust von Arbeitsplätzen.

Umstrukturierungsmaßnahmen sind im Allgemeinen mit Betriebsschließungen verbunden, was in 5 Mitgliedsländern die zweitwichtigste Ursache ist.

Erklärtes Ziel ist die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, und es scheint, als wäre deren Bedeutung mit einer Senkung der Produktion identisch. Der Produktionsrückgang muss jedoch nuancierter betrachtet werden, auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass im jeweiligen Land mit Einführung des Energiemixes auch Arbeitsplätze entstehen. Natürlich lässt sich diese Situation bei Weitem nicht verallgemeinern, weil eine solche Entwicklung mancherorts auch bedeutet, dass die Grundstoffe für den Energiemix importiert werden. In dieser Phase können nur allgemeine Feststellungen getroffen werden, da uns keine statistischen Angaben zur Verfügung stehen, anhand derer ermittelt werden könnte, welche Faktoren den enormen Abbau von Arbeitsplätzen ausgelöst haben und wie viele neue Arbeitsplätze durch Einführung des Energiemixes pro Land entstanden sind.

Vorzeitige Pensionierung und Umschulungsmaßnahmen haben in den meisten Ländern in beträchtlichem Maße zur sozialen Abdämpfung und Qualifizierung beigetragen. Darauf kommen wir noch zurück.

	SUBVENTIONEN			
	Investitionen	Staat	EU	Sonst.
Mitgliedsstaaten				
Deutschland			WENIG	X
Bulgarien	X	X	X	X
Spanien	X	X	X	X
Ungarn		X		
Polen	X	X	X	X
Rumänien				
Tschechien				

Die Umstrukturierung war in mindestens drei Ländern mit erheblichen Investitionen verbunden. In allen Fällen handelte es sich um staatliche oder EU-Subventionen. Es sei angemerkt, dass die Subventionen in Rumänien an die Bereitschaft zur Steigerung der Produktivität gebunden wurden, bis 2012.

Investitionen und Subventionen

Wie wurden die Möglichkeiten, die die Maßnahmen boten, genutzt?

Mitgliedsländer	Verwendung der Subventionen			Herkunft	
	Zugänglichkeit der Kohlevorkommen	Sonderausgaben	Sozialmaßnahmen	Staat	EU
Deutschland	X			X	
Bulgarien	X	X	X	X	X
Spanien	K.A. ³	K.A.	K.A.	K.A.	K.A.
Ungarn			X		
Polen	X	X		X	X
Rumänien	X	X	X	X	
Tschechien					

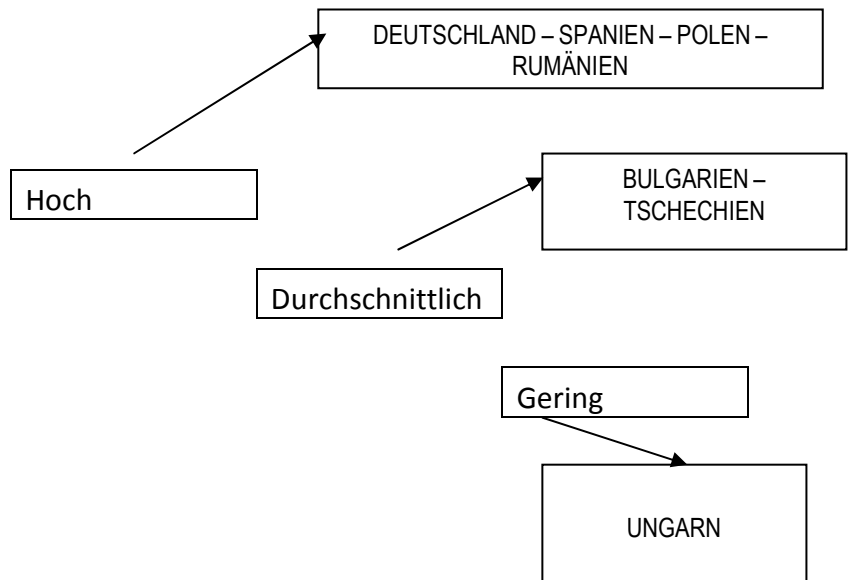
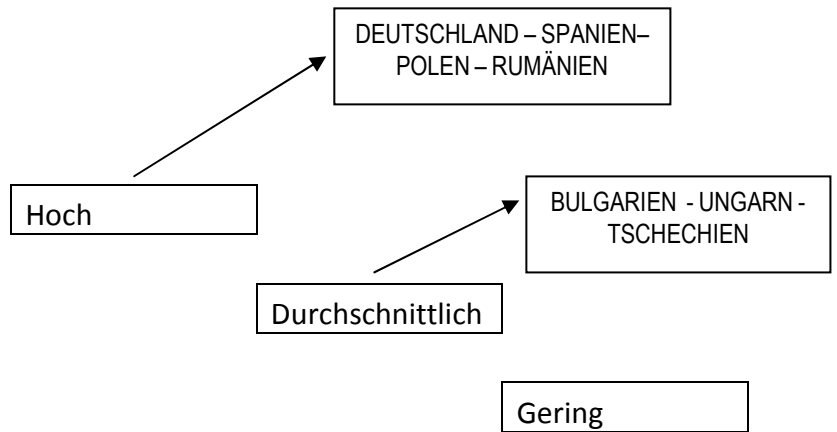
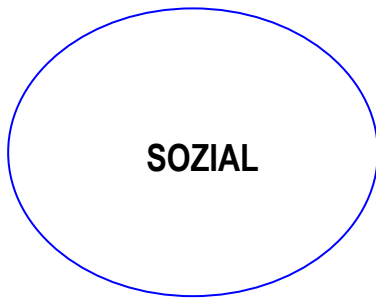
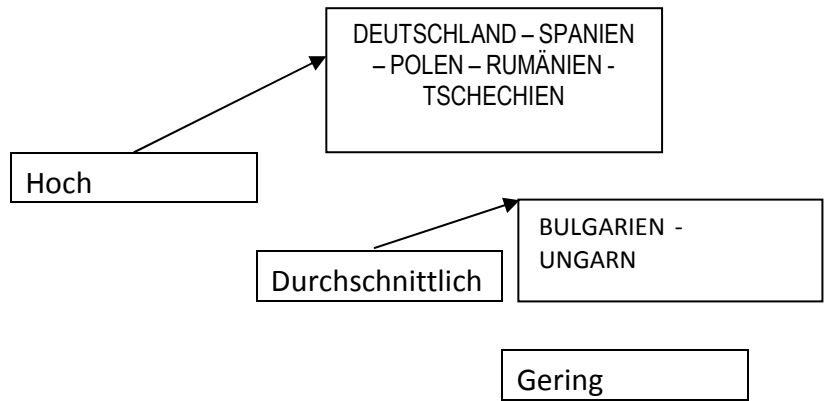
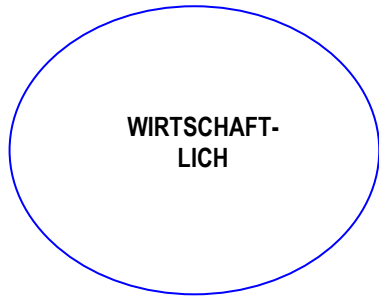
³ K.A.: Keine Angaben

Mit Ausnahme Polens wurden mit Beihilfen, die die Branche erhielt, neue Transportmittel finanziert (Zugang zu den Vorkommen, Lösung sozialer Fragen) sowie umstrukturierungsbedingte Sonderkosten und Kosten für Sozialmaßnahmen abgedeckt (ausgenommen Polen).

In Deutschland flossen die Investitionen in die Entwicklung landesweiter Transportmittel. In Spanien traf man dynamische Sozialmaßnahmen, da es eine der Hauptzielsetzungen bei den Verhandlungen über die Umstrukturierung war, verlorene Arbeitsplätze durch neue Aktivitäten zu kompensieren, damit Bergbaugebiete nie wieder zu Regionen mit „Monoindustrie“ (mit nur einem Industriezweig) werden. So bestanden die Eckpunkte der aktiven Strategien für die Einführung neuer Aktivitäten in der Schaffung von Arbeitsplätzen in den betreffenden Regionen, in der Finanzierung dieser neuen Aktivitäten sowie in der Entwicklung von Infrastruktur und Humanressourcen. All das steht im Einklang mit der Verordnung des Europäischen Rates (1407/2002/E – 23. Juli 2003) und dem Strategischen Plan 2006 - 2012, wie bereits in Absatz 3.1. erläutert.

In Rumänien erhielt der Bergbau keine Beihilfen, um die Zugänglichkeit zu den Vorkommen zu sichern. Die Förderkosten mussten abgedeckt werden, was nur zwei Möglichkeiten lässt: allgemeine Effizienzsteigerung oder Bergwerksschließung.

In den meisten Ländern besteht kein Zweifel an der Wichtigkeit der Branche:



Die obige Grafik zeigt genau die sehr berechtigten Fragen, die die Gewerkschaften stellen. Wenn die Wichtigkeit eines Aspekts als „gering“ bezeichnet werden kann, bedeutet dies, dass auch der Bergbau selbst ein schwacher Industriezweig ist.

In Spanien ist die Gewerkschaft, die die Antworten zugeschickt hat, der Meinung, dass «der Bergbau noch lange Zeit dem Erhalt von Arbeitsplätzen in den Bergbaurevieren dient und ein minimales Verdienstniveau sichert, womit er einen Beitrag zur Versorgungssicherheit leistet».

In Rumänien ist eine Region mit nur einem Industriezweig für die Gewerkschaft von Vorteil, weil sie eine Strategie ausarbeiten kann, mit der sich die Zahl von Stilllegungen verringern und verschiedene neue Aktivitäten in der Region entwickeln lassen. Trotzdem kann die Situation in Rumänien immer noch als unsicher bezeichnet werden.

3.2 - Entwicklungsperspektiven in den einzelnen Ländern

Andere Energiequellen

Mitgliedsstaaten	<u>Steinkohle</u>	<u>Braunkohle</u>	<u>Atomenergie</u>	<u>Gas</u>	<u>Erdöl</u>	<u>Windenergie</u>	<u>Sonnenenergie</u>	<u>Biomasse</u>	<u>Wasser</u>
Deutschland	X	wenig	X	wenig	wenig	X	X	X	X
Bulgarien	X	X	X	X	wenig	wenig	wenig	wenig	wenig
Spanien	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Ungarn	wenig	wenig	X	X		X	X	X	
Polen	X	X	X	X	X	X			
Rumänien	X	X	X	X	X	wenig	wenig	wenig	X
Tschechien	X	X	X	X	X	X	X	X	X

In den sieben befragten Ländern gibt es zahlreiche Energiequellen. Diese unterschiedlichen Energiequellen bergen unterschiedliche Risiken in sich, die sich in der großen Mehrheit der Fälle als Folgen von Umstrukturierungen gezeigt haben. Der Fall Rumäniens ist insofern wichtig, als es Vorkommen an Energieträgern, darunter Erdöl und Erdgas, besitzt. Es sei angemerkt, dass Spanien als drittes Förderland in Europa so viele Energieträger besitzt wie Tschechien, das eine spezifische Energiepolitik verfolgt. Doch die Lage in Spanien verbessert sich, weil die Regierung drei strategische Zielsetzungen formuliert hat: Versorgungssicherheit – Wettbewerbsfähigkeit - Umweltschutz. Dem entsprechend konzentrieren sich die Arbeiten auf drei Achsen: Festlegung der Energiemix-Indikatoren bis 2020 – auf kurze Sicht Überdenken des Energiepreises – erneute Überprüfung des Kreislaufs erneuerbarer Energien bis 2010. Die deutsche Bundesregierung plant bis Ende 2010 die Vorlage einer ebensolchen Energiepolitik.

Atomenergie – Investitionen und neue Atomkraftwerke

Mitgliedsstaaten	Geplante Investitionen	Interesse der Öffentlichkeit wecken	Bereitschaft
Deutschland	keine	ja	gering
Bulgarien	ja	ja	gering
Spanien	keine		
Ungarn	ja	ja	ja
Polen	ja	wenig	gering
Rumänien	ja	nein	ja
Tschechien	ja	ja	gering

Nuklearenergie hat viele Widersacher. Trotzdem scheint ihre Nutzung wieder dynamisch zu werden. So ist zum Beispiel in Deutschland die Bundesregierung dabei, die Betriebslaufzeit für Atomkraftwerke zu verlängern. Und Deutschland ist nicht der einzige Staat, der in diese Richtung denkt. In Bulgarien sind die Baupläne für das neue Atomkraftwerk fertig, und auch vier andere Länder planen neue Investitionen, wobei sie wenig interessiert, wie die Öffentlichkeit reagiert. So auch in Rumänien, wo das Ziel im Bereich der Energieerzeugung darin besteht, den Eigenbedarf des Landes zu 21,6 % mit Nuklearenergie abzudecken, wozu zwei neue Einheiten gebaut werden müssten. Spanien will an den Nutzungsanteilen für Atomenergie nichts verändern. Allerdings hat die Gewerkschaft UGT die Frage gestellt, welche Chancen für eine Steigerung der Atomenergieerzeugung bestehen. Nach Meinung der Gewerkschaft kann das spanische Energiesystem auf keine einzige verfügbare Technologie verzichten. Atomkraftwerke laufen unter Vollast, und die Energieerzeugungsunternehmen sind verpflichtet, ihre Gewinne zur Erhöhung der Sicherheit, zur Erschließung neuer Möglichkeiten für die Atommülllagerung und zur Entsorgung radioaktiven Materials zu verwenden. In diesem Rahmen wird die Strategie für Forschung und Entwicklung umgesetzt.

Rolle und Bedeutung neuer „grüner“ Technologien

Mitgliedsstaaten	Groß	Nicht groß	Gering
Deutschland			X
Bulgarien	X		
Spanien	X		
Ungarn	X		
Polen		X	
Rumänien	X		
Tschechien	X		

Die Ergebnisse in dieser Tabelle sind vielleicht überraschend, dienen aber zur Erläuterung der Aussagen, die in den zugeschickten Kommentaren der Gewerkschaften zu finden sind.

In Deutschland zeigen die Wahlmöglichkeiten hauptsächlich in Richtung Kohlevergasung.

In Ungarn kann die Antwort darauf erst gegeben werden, wenn entsprechende Prognosen vorliegen. In einigen Regionen Spaniens laufen Forschungsarbeiten, die sich besonders dem Thema CO₂-Lagerung widmen. Die wichtigste Frage bleibt für das Land auch weiterhin die Versorgungssicherheit, wobei hervorgehoben wird, dass Maßnahmen dringend erforderlich sind.

In Rumänien muss jedes Unternehmen einen konkreten Investitionsplan für die Erzeugung sauberer Energie anfertigen.

In Tschechien betrifft die Frage in erster Linie die einzelnen Kraftwerke.

Engagement der Gewerkschaften

Mitgliedsstaaten	Forschungsprogramme	Investitionsprogramme	Sozialmaßnahmen	Bildung
Deutschland	X	X		
Bulgarien				X
Spanien	X	X	X	X
Ungarn	X	X	X	X
Polen	K.A.	K.A.	K.A.	K.A.
Rumänien	X	X	X	X
Tschechien			X	X

Obwohl die Gewerkschaften einiger Länder diese Frage nicht beantwortet haben, heißt das nicht, dass dies bei allen Themen der Fall ist.

In Bulgarien legen die Gewerkschaften besonderes Gewicht auf die Erweiterung von Kompetenzen und Bildung. In Spanien begann die Branchenumstrukturierung vor 25 Jahren. Seither haben alle Staatsunternehmen Profilerweiterungsprogramme (Diversifizierung) ausgearbeitet, die die Grundlage für Orientierungspläne sowie für Verhandlungen und Vereinbarungen unter den Sozialpartnern bildeten. Für die Gewerkschaft besaß die Beschäftigung immer Priorität. In Rumänien ist saubere und nachhaltige Energie für die Gewerkschaften eine essenzielle Frage, obwohl sich deren negative Auswirkungen auf die Beschäftigungslage nicht immer vermeiden lassen. (Sehr bald wird Kohle nur noch einen Anteil von 34 - 38 % an der Energieerzeugung haben). Aufgrund der sehr knapp bemessenen finanziellen Möglichkeiten sind der Finanzierung dieser Entwicklung Grenzen gesetzt. Bei den Gewerkschaften, deren Teilnahme eher als interessant bezeichnet werden kann, stößt die Tatsache, dass die Produktion solcher Energien vorangetrieben werden soll, nicht auf uneingeschränkte Begeisterung. Sie vertreten die Meinung, dass die Regierungen diese Tendenz von vornherein nicht ausreichend fördern. Allein in Spanien kann diesbezüglicher Wille, der dem entspricht, was auf dem Spiel steht, beobachtet werden, weil sich den Unternehmen dort durch die staatliche Förderung von Forschung und Entwicklung strategische Möglichkeiten eröffnen. In Ungarn weist die Gewerkschaft darauf hin, dass die Förderung grüner Energien trotz aller Forschungen in den offiziellen Strategien nicht zu

finden ist. In diesem Zusammenhang nehmen auch die Gewerkschaften nur geringes Interesse der Bevölkerung am Thema grüne Energien wahr. In Deutschland wird die CO2-Frage durch die Volksmeinung oft nur schwer akzeptiert. Aus Mangel an Informationen und infolge von Lobbyaktivitäten fällt die Beurteilung des Bergbaus durch die Bevölkerung nicht immer positiv aus. In Tschechien ist die Bevölkerung eher gegen den Bergbau, weil man Angst hat, dass die Versorgungssicherheit sinkt.

In den Länderberichten sind viele statistische Angaben zu Lagerstätten und zur Energieabhängigkeit enthalten, die zumeist in sehr detaillierter Form als Anlagen beigefügt sind. Nachstehende Tabelle vermittelt davon ein allgemeines Bild.

EM	Kohle			Erdöl			Gas		
	J/N	%	Volumen x000	J/N	%	Volumen x000	J/N	%	Volumen x000
DE	STEIGEND	67	41875	J	97	161.117	J	83 %	87.565
BG	J	10	3.000	J	100	K.A.	J	100	K.A.
ES	J	63	17.577	J	99	57.633	J	99	457,68
HU	N	20		J	86		J	81	8.025
PL	N	10		J	80		J	80	
RO	J	15	1.265	J	35	4.619	J	72	8.982
CZ				J	80	8.108	J	98,8	8.728

In % am Gesamtverbrauch – Abkürzungen der Ländernamen: DE = Deutschland, BG = Bulgarien, ES = Spanien, HU = Ungarn, PL = Polen, RO = Rumänien, CZ = Tschechische Republik.

J = Ja – N = Nein

Anmerkung: Jeder Gewerkschaft ist der Länderbericht über Importe zugänglich, da einen solchen (oder ähnlichen) jeder Mitgliedsstaat bei der EU einreichen muss, ausgenommen Polen.

3.3 – Wahrscheinliche Folgen von Schließungen und Umstrukturierungen

Der Bergbau spielt in jedem Land sowohl in wirtschaftlicher als auch sozialer Hinsicht eine wichtige Rolle. Auf die meisten Arbeitsplätze wirkten sich die Umstrukturierungen schädlich aus.

In der jüngeren Vergangenheit hat die Generaldirektion Unternehmen eine Studie in Auftrag gegeben, die im Dezember 2008 veröffentlicht wurde. Im Weiteren soll aus dieser Studie zitiert werden. An dieser Stelle ist auch der Hinweis wichtig, dass ein Teil der Sozialpartner die Ergebnisse der Studie nicht angenommen hat, so auch die Arbeitgeber nicht. Übrigens

meinen sie mit Recht, dass die Meinungen über die gezogenen Schlussfolgerungen in einer Diskussion erörtert werden sollten. Der Studie (ECORYS⁴) zufolge werden Investitionen zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit das Grundproblem der Kohleförderung nicht lösen, die in **Ostdeutschland** nicht wettbewerbsfähig ist und in absehbarer Zeit auch nicht werden wird.

In Bulgarien gingen die Beschäftigungszahlen im Bergbau von 1990 bis 2000 durch Umstrukturierungsmaßnahmen, sinkendes Produktionsvolumen und Bergwerksschließungen enorm zurück. Von 2000 bis 2005 jedoch zeigte die Beschäftigung steigende Tendenz, da in jener Zeit die große Mehrheit der Unternehmen privatisiert wurde. (Heute sind die meisten Unternehmen in privater Hand). Demgegenüber geht heutzutage die Beschäftigtenzahl im Bergbau laufend zurück, weil kleine Zechen, in denen sich die Produktion wirtschaftlich gesehen nicht mehr lohnt, stillgelegt werden. Von 2000 bis 2007 stieg der Durchschnittslohn auf das Doppelte.

In Spanien gehen die gesamten Beihilfen an Bergwerke, die in Betrieb sind. Es wurde beschlossen, die Beihilfen bis 2012 um jährlich 4 % zu senken. Subventionen für den Umweltschutz sind in den Betriebsbeihilfen enthalten. Etwa 1 % machen maximal die Kosten für Umweltrehabilitationsarbeiten aus. Einen wichtigen Platz im Plan nehmen soziale Fragen ein. Etwa 3.500 Beschäftigte betrifft die vorzeitige Pensionierung, die für den Zeitraum 2008 - 2015 geplant ist und in deren Folge leicht vorstellbar ist, dass die Produktion gesenkt wird. Derzeit lässt sich nicht vorhersehen, wie die Lage nach 2012 aussehen wird. Dies wird von den neuen Regierungsstrategien abhängen.

Gegenwärtig könnte die Wettbewerbsfähigkeit mit Hilfe von Investitionen verbessert werden, obwohl es vor allem aus geologischen Gründen schwierig ist, deren erforderlichen Umfang vorab zu bestimmen. Die Kohle muss aus großer Tiefe gefördert werden, weshalb die Förderkosten sehr hoch sind. Dazu kommt, dass die Subventionsbeträge laut EU-Vorschriften jährlich verringert werden müssen. Im vorherigen Planzeitraum 1998 – 2005 wurden umfangreiche Investitionen in den Bereichen Humanressourcen-Entwicklung und Umschulung von Arbeitnehmern in Kohlerevieren vorgenommen, was besonders an junge Menschen richtete und mit dem Ziel verbunden war, verschiedene Szenarien für die Arbeitsbeschaffung auszuarbeiten und zu untersuchen.

In Ungarn arbeiten ca. 2.500 Beschäftigte in der Kohle-Produktion, 860 davon unter Tage. Die Beschäftigungslage bleibt stabil, wenn sich die Fördermenge nicht ändert.

In Polen sind im Sinne der neuen Kohlestrategie (2008-2015) nach 2010 weitere Beihilfen für die Branche nötig. Staatliche Beihilfen für Umweltschutzzwecke können den Bergwerken gewährt werden, wo nach Stilllegung Brandgefahr besteht oder es zu einer Wasserverschmutzung kommen könnte. Ferner können sie auch für die Beseitigung von

⁴ Ecorys-Studie (An Evaluation Of The Needs For State Aid To The Coal Industry Post 2010) im Auftrag der Generaldirektion Unternehmen, 2008, Rotterdam, zu finden auf der Homepage der Kommission (DG Enterprises)

Schäden, die während des Förderbetriebs entstanden sind, bereitgestellt werden. 2015 sollten Investitionen das Ziel haben, einen störungsfreien Abbau sowie die Stabilisierung der Förderkapazitäten und Produktion im Einklang mit den Markterfordernissen zu sichern. Mithilfe dieser Investitionen sollen den rückläufigen Produktionskapazitäten fortlaufend und systematisch entgegengewirkt und eine noch umfangreichere Umstrukturierung der Kohlebergwerke, einschließlich sicherer Arbeitsplätze, wo die Sicherheit der Arbeitnehmer wichtig genommen wird, ebenso gewährleistet werden wie die Erhöhung der Produktionskonzentrierung, eine verbesserte Kohlequalität und Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, die schädlichen Auswirkungen des Kohlebergbaus auf die Umwelt auf ein Minimum zu begrenzen. Aus dem Staatshaushalt kamen ab Anfang 2007 keine Gelder für die Umstrukturierung der Steinkohlebergwerke und Beschäftigungszwecke. Eine Ausnahme bildete die Erfüllung von Verpflichtungen, die aus der Vergangenheit übernommen wurden. Hierbei handelte es sich vor allem um Kohledeputate für Rentner und Behinderte sowie Abfindungszahlungen. Für andere Zwecke werden keine Beihilfen gewährt, weder für Renten noch für Umschulungen, selbst bei Stilllegung eines Bergwerks nicht. Kosten dieser Art müssen vom jeweiligen Unternehmen getragen werden.

In Rumänien verfolgt die Regierung das Ziel, die Umstrukturierung des Steinkohlebergbaus bis 2010 abzuschließen. 2002 - 2006 wurden bereits alle verlustreichen Minen geschlossen. In der ECORYS-Studie wird kein einziger Dringlichkeitsplan erwähnt, was darauf schließen lässt, dass die Umstrukturierung bis 2010 nicht zu Ende gebracht wird. Derzeit besagt das Rentengesetz, dass die Vorruhestandsregelung frühestens 5 Jahre vor Erreichen der Rentenaltersgrenze (für Männer 65 und Frauen 60 Jahre) in Anspruch genommen werden kann, allerdings nicht zusammen mit anderen speziellen Rentenregelungen. Für Bergarbeiter besteht ein gesondertes Rentensystem. Angesichts der schwierigen Arbeitsbedingungen in einem Bergwerk haben sie für jedes Arbeitsjahr Anrecht auf ein halbes Jahr an vorzeitiger Rente, was im Vergleich zu anderen Arbeitnehmern bedeutet, dass sie maximal 5 Jahre früher in Rente gehen können. So hat ein Kumpel, der 10 Jahre in einem Bergwerk gearbeitet hat (was auf alle älteren Bergleute zutrifft) kraft seines Berufes bereits den Anspruch auf vorzeitige Rente (5 Jahre) erworben. Allerdings besteht für sie somit nicht die Möglichkeit, die gesetzliche Vorruhestandsregelung zu nutzen. Für die Umschulung arbeitsloser Bergleute existieren zahlreiche Programme. In Rumänien werden zur Erhaltung von Arbeitsplätzen keine staatlichen Beihilfen gewährt. Die Arbeitgeber sind aufgefordert, Arbeitnehmer in unsicherer Lage zu beschäftigen. Sonderprogramme werden von der Agentur zur Entwicklung von Bergbaugebieten organisiert, um die Belebung der Wirtschaft in diesen Regionen zu unterstützen. Sehr wahrscheinlich wird sich die Umstrukturierung des Bergbaus in Rumänien auch in den kommenden Jahren fortsetzen, allerdings langsamer, da viele Arbeitsplätze abgebaut wurden.

In Tschechien war die Privatisierung des Bergbaus mit einer Steigerung der Effizienz und Produktivität verbunden. Es entstand viel Privateigentum, und umfangreiche Investitionen im Bereich des Umweltschutzes wurden vorgenommen. In den vergangenen 20 Jahren hat die Branche mehrere Stadien durchlaufen. Durch den enormen Rückgang der Bergbauindustrie nahm stellenweise die Umweltverschmutzung ab. Auf der anderen Seite wäre die Schließung eines Bergwerks oder einer Lagerstätte nicht immer nötig gewesen, denn eine Stilllegung mindert die Nutzung wertvoller Bodenschätze, die mit modernen Technologien auch in Zukunft hätten ausgebeutet werden können, ohne die Umwelt stark zu verschmutzen. Die Umstrukturierung der Bergbauindustrie führte zu einer größeren Energieabhängigkeit des Landes und zu wachsenden Importen, was mit zahlreichen negativen Folgen für die Versorgungssicherheit verbunden war. Auch in sozialer Hinsicht hatte die Stilllegung von Bergwerken viele schädliche Auswirkungen. In den betroffenen Regionen stieg die Arbeitslosigkeit, und entlassene Arbeitnehmer fanden erst Jahre später einen neuen Arbeitsplatz auf dem Arbeitsmarkt. Nur dank umfangreicher Subventionen waren die Unternehmen in der Lage, die Soziallasten zu tragen. Der Studie zufolge kann von der Schließung weiterer Bergwerke keine Rede sein, was von grundsätzlicher Bedeutung ist und dem Erhalt einer modernen Förderindustrie auch als Quelle der Innovation dient.

Den Länderberichten zufolge führen die laufenden bzw. zu erwartenden Umstrukturierungsmaßnahmen sehr wahrscheinlich zum Abbau von Arbeitsplätzen:

	Folgen für Arbeitsplätze			
	direkt	indirekt	direkt	indirekt
Mitgliedsländer	JA/NEIN	ANZAHL	JA/NEIN	ANZAHL
Deutschland	JA	27.000	JA	35.000
Bulgarien	JA	10.000	JA	50.000
Spanien	JA	?	JA	?
Ungarn	JA	2.000	JA	6.000
Polen	JA	100.000	JA	200.000
Rumänien	JA	104.000	JA	315.000
Tschechien				

Die Zahlen in der Tabelle sprechen für sich selbst. Allerdings müsste in Bezug auf die Zahlen für Rumänien geklärt werden, ob es sich um Entlassungen in der Zeit von 1997 bis 2009 oder Prognosen für den Arbeitsplatzabbau handelt. Die Frage ist auch deshalb berechtigt, weil in den beigegeführten Ergänzungen zu den Antworten steht, dass die Zahl der verbliebenen Arbeitsplätze Ende 2009 28.000 betrug. In Tschechien sind für die nahe Zukunft keine Bergwerksschließungen geplant. Die Situation in Spanien kann noch nicht beurteilt werden, weil die Prozesse nach den Umstrukturierungsmaßnahmen noch laufen.

Anhand der bisherigen Entwicklungen könnte man meinen, dass essenzielle und neuartige Maßnahmen zur sozialen Begleitung ergriffen werden. Die Wirklichkeit ist jedoch eine andere, wie die **nachstehende Tabelle** zeigt:

Mitgliedsland	Schulung/ Fortbildung	Um- schu- lung	Staatl. Beihilfe	Industrie- politische Maßnah- men	Haus- halts- pläne	Globali- sierungs- fonds	FSE	Son- stige
Deutschland	JA	JA	JA	WENIG	JA	NEIN	WENIG	JA
Bulgarien	WENIG	WENIG	NEIN	NEIN	NEIN	WENIG	NEIN	JA
Spanien	JA	JA	JA	JA	JA	JA	JA	JA
Ungarn	K.A.	K.A.	K.A.	K.A.	K.A.	K.A.	K.A.	K.A.
Polen	WENIG	WENIG	JA	JA	JA	JA	JA	WENIG
Rumänien	JA	WENIG	NEIN	NEIN	NEIN	WENIG	NEIN	NEIN
Tschechien	JA	JA	WENIG	NEIN	NEIN	WENIG	JA	

In Spanien beinhaltet der Kohlepakt alle Maßnahmen, die in der Studie empfohlen werden. In Rumänien existieren all die Maßnahmen, auf die Bezug genommen wird, nur auf dem Papier, sie wurden in der Praxis nicht ergriffen. In Ungarn wurde während der Privatisierung vereinbart, 5 % der Einnahmen aus den Verkäufen für die Umstellung zu verwenden.

Schließlich ist auch hervorzuheben, dass die Entwicklungen im Allgemeinen in dem Umfeld zu interpretieren sind, in dem sie wirken (Deutschland, Ungarn, Polen), wo sie einerseits die Versorgungssicherheit betreffen und andererseits durch sie die Abhängigkeit von Energieimporten wachsen kann.

3.4 – Rolle, Zusammenarbeit und Aktivitäten der Sozialpartner

Im Allgemeinen funktioniert der Konsultationsprozess in den meisten Ländern, ausgenommen Bulgarien und Polen. In Rumänien werden die Gewerkschaften in die Entscheidungsfindung bei Umstrukturierungsfragen einbezogen. Das lässt sich wahrscheinlich damit erklären, dass die Unternehmen noch in staatlichem Besitz sind. In Spanien wurden die Gewerkschaften während der Umsetzung des Kohleplans informiert, und es fanden Verhandlungen vor der Entscheidungsfindung statt. Der dreiseitige Sozialdialog wird positiv eingeschätzt.

In fünf Ländern werden die Gewerkschaften auf allen Ebenen des Sozialdialogs konsultiert, wobei die tschechische Regierung dieses Instrument weniger dynamisch anwendet. In Bulgarien kann die Situation atypisch genannt werden, weil die Konsultationen zwischen den Sozialpartnern nur zweiseitig geführt werden. In Polen ist um die Konsultationen auf Unternehmens- und staatlicher Ebene weniger gut bestellt. Wo jedoch

die Konsultationen stattfinden, werden die Stellungnahmen auch berücksichtigt. Dieses Verfahren ist also nicht rein formaler Art. In Spanien finden die Stellungnahmen Berücksichtigung, wenn sie die Sicherheit der Regionen und verantwortlichen Leiter garantieren. In den anderen beiden Ländern ist der Sozialdialog tatsächlich schwach ausgeprägt:

- Bulgarien: Meinungen werden nicht berücksichtigt, weshalb Schritte nötig sind, um das Interesse der Regierungseinrichtungen zu wecken, wenn auch nur um zu verdeutlichen, dass der Sozialdialog im wahrsten Sinne des Wortes Bestandteil des Acquis communautaire.
- Polen: Gleiche Anmerkung mit der Ergänzung, dass Schritte zur Normalisierung der sozialen Verhältnisse zwar 2004/2005 unternommen wurden, diese aber anscheinend nichts genützt haben.

In diesen beiden Ländern ist die Lage ähnlich. Man könnte eine spezielle Aktion andenken, obwohl die Ausgangspunkte vermutlich unterschiedlich sind. Vielleicht wäre ein Gipfeltreffen zwischen führenden Vertretern der Europäischen Föderation und Regierungsrepräsentanten der beiden Mitgliedsstaaten hilfreich.

Die Qualität des Sozialdialogs lässt sich daran messen, in welchem Maße die Gewerkschaften in die Entscheidungsfindung einbezogen werden. In den fünf genannten Ländern scheint die Teilnahme real zu sein, da die Gewerkschaften, obwohl mit Unterschieden, an der Entscheidungsfindung beteiligt sind:

- In Spanien existiert ein Kontrollausschuss, in dem Gewerkschaften, Arbeitgeber und der Staat vertreten sind. Hier wird vor allem über das Programm 2006 – 2012 verhandelt und die Meinung der Gewerkschaften berücksichtigt.
- In Rumänien nehmen die Gewerkschaften auf Betriebsebene das Mitbestimmungsrecht wahr, während auf makroökonomischer Ebene dies eher als formal bezeichnet werden kann. Es scheint, die im Projekt 2004/2006 ausgedrückten Erwartungen Wirkung gezeigt haben, wobei auch die Teilnahme in der Branche noch nicht befriedigend ist. Es kann festgestellt werden, dass die Sozialpartner auf Landesebene den Nutzen der Partnerschaft erkannt und verstanden haben.

Im Hinblick auf Fonds, die für Umstrukturierungsbeihilfen geschaffen worden sind, ist der Umgang mit ihnen auf örtlicher Ebene recht unterschiedlich. Im Allgemeinen sind die Gewerkschaften daran nicht bzw. nur in sehr geringem Maße beteiligt. In Bulgarien und Polen mangelt es hierbei völlig am Paritätsprinzip. In Rumänien nehmen die Gewerkschaften zwar an der Ausarbeitung und Umsetzung der Programme teil, in die Verwaltung der Fonds werden sie aber nicht einbezogen. In Spanien ist die Verwaltung der Fonds Aufgabe der Regierung, wobei in den Unterausschüssen auch die Sozialpartner vertreten sind. In der

Tschechischen Republik werden die Gewerkschaften kaum einbezogen. Zur Verbesserung der in den letzten beiden Staaten entstandenen Situation haben wir keine Lösungsvorschläge.

In den befragten Ländern werden fast überall Verhandlungen geführt und Vereinbarungen abgeschlossen. So scheint es, doch im Hintergrund, auf örtlicher Ebene, sind die Unterschiede beträchtlich:

- Soziale Fragen: Bulgarien – Themen sind im Allgemeinen Bildung, Rente, Arbeitsbedingungen und örtliche Tarifverträge. In Ungarn und Polen ist die Rente Gegenstand von Vereinbarungen.
- Soziale und Wirtschaftsfragen: In Deutschland geht es um die Kohlepolitik. In Rumänien verhandeln die Gewerkschaften über Umstrukturierungen und Zechenstilllegungen in den Regionen, in denen die Arbeitslosenrate hoch ist.
- Soziale, wirtschaftliche und gesellschaftliche Fragen: In Spanien werden die Gewerkschaften in die Erörterung von Unternehmensplänen und Aktivitäten in Verbindung mit der Gesetzgebung einbezogen.

Im Allgemeinen bestehen in den befragten Ländern Arbeitsbeziehungen mit den Arbeitgeberorganisationen und Regierungen (oder Arbeitsbehörden). In Ländern mit gewerkschaftlichem Pluralismus (Tschechische Republik, Polen, Rumänien) werden die Verhandlungen mit anderen Gewerkschaften geführt. Konsultationen mit Parlamentsabgeordneten sind nicht weit verbreitet.

In den sieben befragten Ländern gibt es viele praktische Beispiele. Erwähnt seien hier nur die mit Bezug auf die Partizipation der Arbeitnehmer, so die Tschechische Republik, Deutschland, Spanien und Rumänien. Sie haben an der zur Vereinbarung über das Bergbaugesetz organisierten Diskussion (Tschechische Republik), an Gesprächen über die Finanzierung der Steinkohlepolitik (Deutschland), an der Erarbeitung des Kohlepaktes (Spanien) und an energiepolitischen Gesprächen (Rumänien) teilgenommen.

In Ungarn konnte der BDSZ zusammen mit dem Gewerkschaftsbund der Beschäftigten in der Vereinten Elektroenergieindustrie eigenständig – bei gleichzeitiger Information der Regierung – in Form einer Beihilfekasse über die Vergabe von Beihilfen an Bedürftige in Höhe von bis zu 5 % der Einnahmen aus der Privatisierung der Elektroenergieindustrie entscheiden.

3.5 – Qualität des Sozialdialogs und die Rolle der Gewerkschaften im Sozialdialog

Der dreiseitige Sozialdialog ist am weitesten verbreitet und in allen Ländern zu finden, wobei die Inhalte natürlich von Land zu Land verschieden sind. Weniger verbreitet ist der zweiseitige Sozialdialog, der in Spanien und Ungarn anzutreffen ist. (Deutschland hat auf diese Frage nicht geantwortet.) Die Tschechische Republik hat dies als politische Zielsetzung für 2010 – 2012 formuliert.

Die Frage der Repräsentativität ist sowohl im rechtlichen Sinne als auch im Hinblick auf das Gewicht der Gewerkschaft wichtig. Die Länderberichte bieten ein klares Bild von der Situation entsprechend der jeweiligen Landesgesetze.

Obwohl es schwierig ist, die Effizienz von Aktionen zu bewerten, waren die meisten Teilnehmer dennoch bereit dazu. Die Antworten müssen natürlich jeweils im Lichte der bestehenden Situation, der Schwierigkeit, Kräfteverhältnisse, usw. interpretiert werden. Bulgarien ist sich bewusst, wie schwer es ist den Gang der Dinge zu verändern. Gerade deshalb hatten wir zuvor erwähnt, dass ein „Gipfeltreffen“ hilfreich sein könnte. Die Tschechische Republik und Polen halten ihre Aktionen am ehesten für nützlich, besonders im Rahmen der Zusammenarbeit mit den verschiedenen Institutionen. Ungarn hebt die Bemühungen um das Zustandekommen von Branchenvereinbarungen hervor. In Rumänien ist die Gewerkschaft der Meinung, dass „die Rolle der Regierung die Rechtsprechung zwischen den Sozialpartnern ist“ und die Sozialpartner stärker in die Umsetzung der Strategien und der Sozialpolitik einbezogen werden müsste. Spanien stellt fest, dass Beschäftigte und die Öffentlichkeit die Effizienz von Aktionen bewerten sollten.

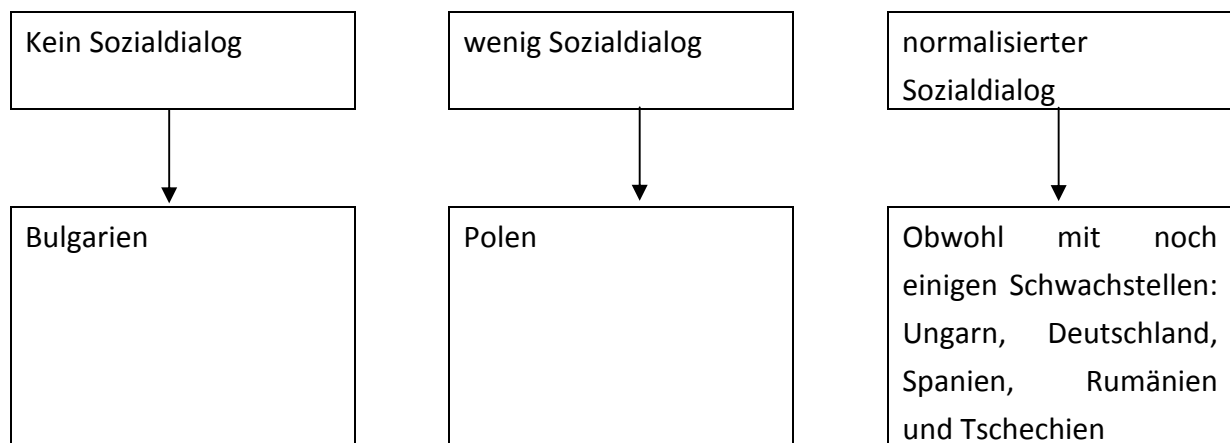
In den Länderberichten müssten Polen und Rumänien eine Lageeinschätzung abgeben, da es 2004&2005 bereits ein Projekt zum Thema Sozialdialog gab. Polen hat versucht, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu normalisieren. Aus den gegebenen Antwortworten geht aber nur hervor, dass es schwierig ist, die notwendigen Veränderungen zu erreichen.

Rumänien hat folgende Einschätzung vorgelegt:

- «In den Bergwerken gilt 2008 – 2012 der Tarifvertrag für alle Beschäftigten.
- Der formale Sozialdialog ist nicht effizient.
- Die Finanzierung der Gewerkschaften ist gerade ausreichend, aber nur, weil die Ausgaben gekürzt wurden.
- Gewerkschaftsführer nahmen an Schulungen teil und die Mitgliederzahl ist befriedigend.
- Die Verhandlungsfähigkeiten werden verbessert.

- Es kann festgestellt werden, dass die Mitgliedschaft in Richtung Politik geht. Im Bereich Bergbau und Energie gilt für die Sozialpartner das Gemeinschaftsrecht. Für wichtig halten sie anständige Löhne, alternative wirtschaftliche Lösungen, neue Arbeitsplätze in den Bergwerken sowie die Fragen Arbeitsschutz und Arbeitsbedingungen, um Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten vorbeugen zu können.»

Die Länder können in drei Gruppen eingeteilt werden:



In die Verwaltung von Umstrukturierungsfonds werden die Gewerkschaften im Allgemeinen nicht einbezogen (so der Fall in Bulgarien, Rumänien, Polen) oder nur in geringem Maße (Tschechien). Im Gegensatz dazu wurde in Spanien die Einbeziehung der Sozialpartner entsprechend festgelegt.

Die im Rahmen des Sozialdialogs behandelten Themen beziehen sich nur auf die Rente und Arbeitsbedingungen und vielleicht ein bisschen auf die Sozialversicherung.

Die Sozialpartner verhandeln mit regionalen und nationalen Behörden.

Gute Vereinbarungen werden im Allgemeinen zu den Themen Sozialversicherung, Kohleplan und Bildung abgeschlossen, in Tschechien, Ungarn und Polen, gute Beispiele werden aber nicht genannt.

Die Verhandlungen haben zumeist dreiseitigen Charakter.

In keinem Land haben die Gewerkschaften Probleme mit der Repräsentativität, die jeweils anhand der Landesgesetze festgestellt wird.

Die Meinungen über die Effizienz des Sozialdialogs sind zwar unterschiedlich, stimmen aber darin überein, dass er noch nicht ganz effizient ist.

Was die spezifische Umfrage anbelangt (2004/2005) konnte Polen keine großen Fortschritte erreichen. In Rumänien finden Konsultationen zwar statt, doch die Meinung der Gewerkschaften wird nicht immer berücksichtigt.

Es ist klar, dass im letzteren Mitgliedsland entsprechende Anstrengungen unternommen werden müssen.

IV. ALLGEMEINE SCHLUSSFOLGERUNGEN UND ERWARTUNGEN

Sicherheit, Energieeffizienz, Kampf gegen die Umweltverschmutzung – Dank der jahrzehntelangen Forschungsarbeiten unter der Schirmherrschaft der CECA ist europäisches Bergbauexpertise heute weltweit führend. Die "Clean Coal"-Charta ist für die EU-Energieunabhängigkeitsstrategie in den nächsten Jahrzehnten eine Trumpfkarte, besonders weil diese Energien im Allgemeinen billig sind. Anhand dieses ersten Elements der Schlussfolgerungen möchten wir festhalten, dass wir es für bedauerlich halten, dass es in der Diskussion mehr um Umstrukturierungsmaßnahmen, die mit dem Verlust von Arbeitsplätzen verbunden sind, ging, und nicht um Anpassungs- und Innovationsmöglichkeiten auf dem Gebiet des Kohleabbaus. Mit diesem Ausgangspunkt und gestützt auf die objektiven Elemente im einleitenden Bericht und seinen Schlussfolgerungen sei besonders betont, dass eine neue Denkweise nötig ist, die die Branche in ihrer Gänze betrachtet zusammen mit allen wirtschaftlichen, sozialen und strategischen Bezügen.

Für die Branche sind umweltschonende Betriebsverfahren von grundsätzlicher Bedeutung. So wird unter Einsatz innovativer Mittel viel Forschung betrieben, damit Fördertechniken der Forderung nach „Sauberkeit“ gerecht werden.

Diese Herausforderung gilt es anzunehmen, und die CECA-Forschungen schürfen tief, um diese Aufgabe zu erfüllen. Zwei bedeutende Gruppen von technologischen Entwicklungen sind bekannt: PFBC (Pressurised Fluidized Bed Combustion - Druckwirbelschichtverbrennung) und neuerdings der IGCC (Integrated Gasification Combined Cycle – Kombiniertes Prozess mit integrierter Kohlevergasung).

Weitere Versuche wurden im Zusammenhang mit „Clean Coal“ durchgeführt, genauer zur Herausfilterung und Rezirkulierung schädlicher Emissionen, zum Auffangen von CO₂-Emissionen, zur Senkung des entstehenden Abwassers sowie zur gemeinsamen Verbrennung fester Heizstoffe (CO-Verbrennung).

"Sollte das Ziel darin bestehen, dass dieser Heizstoff bei der Schaffung der Energiesicherheit eine angemessene, strategische Rolle spielt, müssen die ständig strengeren Umweltschutzvorschriften eingehalten werden."⁵ "Damit Europa seine führende Stellung im Technologiebereich behaupten kann, müssen die begonnenen Forschungen auf

⁵ Andrew Minchener, Mitglied der CECA-Expertenkommission Verbrennung und Vergasung

dem Gebiet moderner Verbrennungszyklen fortgesetzt werden, mit dem Schwerpunkt auf wettbewerbsfähigen Vergasungsverfahren."

In diesem verschärften technologischen Umfeld wird der Kampf um die Zukunft des Kohlebergbaus geführt.

Und in diesem Umfeld weist alles darauf hin, dass das beträchtliche Kohleförderungsniveau in Europa beibehalten und darüber hinaus die Forschungen fortgesetzt werden müssen, die durch technologische Spitzeninnovationen zu einer Minderung der Auswirkungen des Klimawandels beitragen. Mittels dieser Forschungstätigkeit kann Europa sein so wichtiges Know-how exportieren.

Kohle besitzt grundsätzlich fünf Vorteile: umfangreiche Lagerstätten, geringes geopolitisches Risiko, niedrige Preise, leichte Nutzung und große Bedeutung für die Versorgungssicherheit. Vor allem gibt es zu den Kohlevorkommen unter den anderen fossilen Energieträgern nichts Vergleichbares. Zu den Steinkohlevorkommen kommt noch die Braunkohle hinzu. Bei den derzeitigen Verbrauchstendenzen⁶ wären die Vorkommen für 230 und die an Gas sowie Erdöl für 65 bzw. 45 Jahre ausreichend.

Quelle: World Energy Outlook 2009	Weltweiter Verbrauch in %	Anzahl der Jahre
Erdöl	41 %	41
Gas	27 %	65
Kohle	32 %	155

Heftige Diskussionen werden über die Schätzwerte für die Vorkommen an Erdöl, Erdgas und Kohle sowie darüber geführt, wie viele Jahre sie den Verbrauch decken werden.

Darüber hinaus ist die geografische Lage der Kohlevorkommen in Regionen mit geringem geopolitischem Risiko bei der Herstellung der Versorgungssicherheit von Vorteil. Neben diesen strategischen Trumpfkarten muss aber auch hervorgehoben werden, dass der

⁶ In der Prognose World Energy Outlook 2009 heißt es, dass Kohle in den kommenden Jahrzehnten die wichtigste Energiequelle sein wird. Um 2030 wird bereits doppelt so viel Kohle verbraucht werden wie heute, was im Vergleich zu früheren Prognosen einen Anstieg von 5 % bedeutet. Erklären lässt sich diese Korrektur damit, dass das 10%-ige Wachstum in den asiatischen Ländern, die der OECD nicht angehören, sowie der Rückgang in den OECD-Ländern um 8 % mit berücksichtigt wurden. Die Brennwerte der Kohle verbessern sich, was vermutlich in Richtung eines größeren Verbrauchs weist. Mit den sog. superkritischen oder ultrasuperkritischen Technologien steigt bis 2030 der Kohlebrennwertanteil auf 40 % im Vergleich zu den 35 % im Jahre 2007. Gleichzeitig sinkt der Wert der CO₂-Emissionen. Und da vergaste und verflüssigte Kohle auch eine alternative Kraftstoffquelle sein kann, wird Kohle noch mehr zu einem attraktiven Energieträger werden. Doch obwohl der Verschmutzungsgrad durch Kohle zu sinken scheint, besteht das Hauptproblem weiter: der Preis für die Erschließung der Vorkommen und die Förderung. Laut British Petroleum werden die Kohlevorkommen auf der Welt bei den unveränderten Förderraten von heute in etwas mehr als einem Jahrhundert erschöpft sein. Und wenn die Effizienz beim Einsatz von Kohle weiter steigt, werden die Reserven noch schneller aufgebraucht sein. Der *World Energy Outlook 2009* ist unter folgender Adresse zu finden: www.oecd.org/librairie, ISBN 978-92-64-06130-9

Bergbau viele Arbeitsplätze schafft. In einem Kohlekraftwerk gibt es 1400 Arbeitsplätze und in einem gasbefeuerten Kraftwerk nur 40.

Wichtig ist ferner die Preisstabilität. Seit dreißig Jahren bewegt sich der Kohlepreis zwischen 30 und 50 Dollar pro Tonne. Die Vereinigten Staaten haben in kurzer Zeit den Preis stabilisiert. Wenn in der Atlantikregion der Preis steigt, können deren Exporteure problemlos größere Mengen auf den Markt bringen. Also sind die Marktpreisschwankungen bei Kohle viel geringer als bei anderen Kohlenwasserstoffen. Der Kohlemarkt bleibt somit im Gegensatz zum Erdöl- und Erdgasmarkt unabhängig. Außerdem ist die Nutzung von Kohle viel einfacher. Der maximale Nutzen von kohlebefeuerten Wärmekraftwerken lässt sich sofort erreichen, gleich mit der ersten Tonne verfeuerter Kohle. Eine flexible Anpassung der Stromproduktion ermöglichen nur kohlebefeuerte Wärmekraftwerke, denn gasbefeuerte Kraftwerke sind dazu nicht in der Lage, weil das Starten ihrer Anlagen viel länger dauert.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass einzelne Länder, so die Vereinigten Staaten, ihren Kohlebergbau angesichts der sich bereits abzeichnenden, starken Versorgungskrise und aufgrund der zahlreichen Vorteile, die die Kohle bietet, wieder erweitern.

In Europa wird Kohle auch weiterhin benachteiligt. Sie ist als schwarzer Heizstoff bekannt, gilt als schmutzig und überholt. Noch immer wird Kohle mit der Industrierevolution in Verbindung gebracht, was ihre Zukunft kompromittiert. Trotzdem ist Kohle weltweit die primäre Energiequelle.

Wegen ihrer Vorteile müsste Kohle als Energieträger auch weiterhin in großem Umfang eingesetzt werden. Um aber ihre Werte nutzen zu können, sind neue Herausforderungen, besonders auf dem Gebiet des Umweltschutzes, zu bewältigen.

Trotz der vergleichswisen Vorteile wirft Kohle heute zwei wesentliche Fragen auf: Wie kann die Sicherheit für die Arbeiter erhöht werden? Wie können die von der Kohleverbrennung herrührenden Umweltschäden verringert und der Treibhauseffekt verhindert werden?

Die Europäische Union gewährt der Branche zahlreiche Beihilfen zur Überbrückung des Übergangszeitraums und zu Anpassungszwecken. Die Mitgliedsstaaten lassen sich in drei Gruppen einteilen⁷: Staaten, die Subventionen für den Kohlebergbau nicht abgeschafft haben (Frankreich, Italien, Tschechische Republik), Staaten, die Investitionsbeihilfen eingestellt haben (Polen, Slowakei, Vereinigtes Königreich) und Staaten, die

⁷ Quelle: Bericht der Kommission über die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1407/2002 über staatliche Beihilfen für den Steinkohlebergbau

Betriebssubventionen gewähren (Bulgarien, Deutschland, Rumänien, Slowenien und Spanien).

In Frankreich wurde 2004 das letzte Kohlenbergwerk geschlossen. In der Tschechischen Republik wurden die alten staatlichen Zechen privatisiert und der Beschluss gefasst, alle Subventionen einzustellen. Damit gingen Produktion und die Zahl der Arbeitsplätze zurück. In Italien sind noch zwei Bergwerke auf Sardinien in Betrieb, die allerdings laut Kommissionsberichten keine staatlichen Beihilfen bekommen. In diesen drei Ländern ist die Umstrukturierung abgeschlossen.

Das Vereinigte Königreich, Polen und die Slowakei haben ihre Investitionsbeihilfen gekürzt. Im Vereinigten Königreich und in der Slowakei wurden die alten staatlichen Bergwerke vollständig privatisiert, während in Polen die Privatisierung jetzt im Gange ist. In diesen Ländern sind die Umstrukturierungsprozesse insofern beendet, als alle weit unter der Effizienzschwelle arbeitenden Bergwerke vom Markt verschwunden sind. Auf der anderen Seite haben diese Staaten beschlossen, im Rahmen der globalen Energiestrategie all die Bergwerke weiter zu betreiben, die lebensfähig scheinen, ihnen aber keine Subventionen zu gewähren.

Bulgarien, Deutschland, Ungarn, Rumänien und Spanien entschieden, das Subventionssystem für den Betrieb von Bergwerken beizubehalten. Laut Kommissionsbericht hätten diese nationalen Kohleunternehmen in diesen Ländern ohne Betriebsbeihilfen nur geringe Überlebenschancen. Geringen Erfolg haben die Umstrukturierungsprozesse, weil die Produktionskosten nur geringfügig gesenkt werden konnten, wenn sie nicht gar gestiegen sind. In diesen Ländern lassen sich die Ergebnisse im Hinblick auf die Effizienzsteigerung der Kohlenbergwerke nicht weiter verbessern. Im Vergleich zum Weltmarktpreis für Kohle ist der Produktionspreis sehr hoch. Ab 2014 stellt Ungarn keine Subventionen für Betriebszwecke mehr bereit, und Deutschland hat dies für 2018 vor.

In der Verordnung über Beihilfen für die Steinkohlenindustrie sind zwecks Erleichterung von Bergwerksschließungen zwei Instrumente enthalten, die auf dem Weltmarkt nicht wettbewerbsfähig sind: einerseits Beihilfen, die die Verluste eines Bergwerks, die aufgrund seiner Betriebskosten entstehen, bis zu dessen Stilllegung decken, und andererseits Beihilfen, mit denen Altlasten aus der Vergangenheit abgeschwächt werden können und die Sozialversicherungs- und Umweltschutzkosten, die durch die Bergbautätigkeit generiert wurden, abdecken. In den Kohle fördernden Mitgliedsstaaten wurden überall nicht gewinnbringende Bergwerke geschlossen, ausgenommen Italien. Deutschland, Spanien und Frankreich gewährten Beihilfen zur Milderung der sozialen Folgen von Bergwerksschließungen.

In der Tschechischen Republik und in Frankreich stellt der Staat auch weiterhin Beihilfen zur Abdeckung sozialer und Umweltlasten bereit. Es scheint aber, dass die Bergbauunternehmen, die noch in Betrieb sind, diese Beihilfen nicht erhalten. Die anderen Mitgliedsstaaten, mit Ausnahme Ungarns und Italiens, haben soziale und Umweltlasten in bestimmtem Umfang nicht nur von den stillgelegten, sondern auch von den Bergwerken, die noch in Betrieb sind, übernommen.

Die Antworten bezüglich der ersten drei Themen im Länderbericht zeichnen ein getreues Spiegelbild der zuvor beschriebenen Umstände und beweisen, dass die Gewerkschaften mit diesem Thema sehr vertraut sind. Im Weiteren werden wir sehen, dass Situationskenntnis allein in einem Land nicht ausreicht, um partnerschaftliche Verhältnisse herauszubilden, mit sozialen Fragen entsprechend umzugehen und ganz besonders die Absicht politischer Institutionen auszunutzen, damit diese möglichst geringe Restriktionen anwenden.

Dieses Projekt ist wichtig, weil es die Ausarbeitung eines Dokumentes ermöglicht, das ein umfassendes Bild zum Beispiel über die Informationsquellen der einzelnen Gewerkschaften bietet. Vor diesem Hintergrund wiederholen wir unseren Vorschlag (aus Absatz 3.1.), eine Datenbank mit mikro- und makroökonomischen Angaben einzurichten, in der alle sozialen Begleitinstrumente, die im Zuge von Umstrukturierungen angewendet werden, zu finden sind. Andererseits dürfen solche Informationen für die Gewerkschaften nicht das wichtigste Element zur Schaffung entsprechender „Kräfteverhältnisse“ sein. Vielmehr wäre dies eine Möglichkeit für die Gewerkschaften in den verschiedenen Ländern, besser ausgearbeitete Antworten zu formulieren. Wenn wir einmal die wesentlichen Phasen bei der Umstrukturierung der Branche haben aufarbeiten können, werden wir uns nur noch mit ihren kurz- und mittelfristigen, qualitativen und quantitativen Auswirkungen auf die Beschäftigungslage befassen müssen.

Aus diesem Blickwinkel betrachtet ist die Einbeziehung der Gewerkschaften essenziell, was auch schon die Ergebnisse unter Beweis gestellt haben, die in den Mitgliedsländern erreicht wurden, in denen die Regierung die Sozialpartner, vor allem die Gewerkschaften, voll und ganz in die Umstrukturierungsprozesse einbezogen hat. Unserer Meinung nach müssen die Regierungen den Gewerkschaften mehr Möglichkeiten geben und sie auf Paritätsbasis auch in die Verwaltung von Umstrukturierungsfonds egal welchen Ursprungs (EU, national, örtlich) einbeziehen. Abgesehen davon wäre es im Interesse der Effizienz zum Beispiel eine europaweite Aufgabe, eine *«Beobachtungsstelle für wirtschaftliche und soziale Herausforderungen im Bergbau» (observatoire des enjeux*

économiques et sociaux de l'extraction minière) einzurichten, zu deren Mitgliedern prominente Vertreter der Branche, wie zum Beispiel EURACOM⁸, gehören könnten.

Die regionale Dimension ist von grundsätzlicher Bedeutung, wie aus den Länderberichten hervorgeht. In dieser Hinsicht wäre die Idee im Zusammenhang mit der Ausarbeitung eines jährlichen Berichtes unserer Meinung nach ein geeignetes Bewertungsinstrument zur Beobachtung der Branche und ihrer Rahmenbedingungen. Diese Berichte ließen sich auch dazu nutzen, die Kohärenz vorgeschlagener Maßnahmen besonders dahin gehend zu untersuchen, welche Mittel für solche Maßnahmen bereitgestellt werden. Hierbei denken wir vor allem an den Fall Rumäniens, aus dessen Länderbericht deutlich hervorgeht, wie groß der Widerspruch zwischen Vorschlägen und Ressourcen ist.

Die Ausarbeitung eines solchen Instruments allein verhindert respektloses Verhalten natürlich nicht, das einige Regierungen gegenüber ihren Gewerkschaftspartnern an den Tag legen. Es kann aber durchaus helfen, derartige Situationen zu erkennen. In den Schlussfolgerungen bezüglich Absatz 3.4 und 3.5 haben wir bereits darauf hingewiesen, dass der Sozialdialog in mehreren Ländern problematisch ist, teilweise so sehr, wie örtliche Beispiele zeigen, dass häufig europäisches Recht verletzt wird. Eines ist sicher: Regulierung kann nicht die einzige Antwort auf alle Probleme sein. Das darf man nicht vergessen, auch nicht unter dem Vorwand, wirtschaftliche (oder politische) Aspekte seien wichtiger als soziale Ergebnisse. In dieser Hinsicht könnte das spanische Beispiel eine interessante Quelle der Inspiration sein, wenn man bedenkt, wie sehr es, besonders was die gewerkschaftliche Vielfalt anbelangt, der Situation in Rumänien oder Bulgarien gleicht. Das deutsche Beispiel wiederum kann die Arbeitsmethoden bereichern.

Diese wenigen Anregungen für unsere weitere Arbeit sind vor allem, doch nicht ausschließlich für die neuen Mitgliedsländer interessant. Im Grunde genommen beleuchten die Länderberichte all die Schwachstellen, die auch in den älteren Mitgliedsländern vorhanden sind und über die wir auf der Konferenz diskutieren können.

Fast man diese Anregungen zusammen, anhand derer wir in Aktion treten können, zeigen sich vier Achsen:

1. Mittels eines europäischen Instruments (Website) müssen in den Mitgliedsländern Daten erfasst und analysiert werden, was eine fortlaufende Aufgabe wäre.
2. Sammeln von Erfahrungen mit dem Sozialdialog, der aus Sicht des europäischen Rechts unzufriedenstellend ist. Hier ist die Mitwirkung der Europäischen Föderation wichtig, damit wir auch die Gewerkschaften mobilisieren können, die in die Ecke gedrängt und von ihren Regierungen nicht beachtet, „ignoriert“ werden. – Einmalige Aufgabe (punktartig)

⁸ Verband der Bergbauregionen

3. Länderberichte auch weiterhin erstellen und ihr Kohärenz untersuchen. – Wiederkehrende Aufgabe
4. « *Beobachtungsstelle für wirtschaftliche und soziale Herausforderungen im Bergbau* » Analyse und Untersuchung neuer Rahmenbedingungen – wiederkehrende Aufgabe: Erarbeitung und endgültige Festlegung von Forschungs- und Entwicklungsinstrumenten:
 - besonders in Bezug auf „clean coal“ – Vergasung und Verflüssigung
 - Schaffung von Arbeitsplätzen in Verbindung mit neuen Technologien einplanen.

Diese aufgezeigten Möglichkeiten können weiter ergänzt werden, so unter Berücksichtigung örtlicher Fälle und Situationen sowie der Hindernisse (bremsen), die in jedem Land existieren. Unserer Meinung nach ist es wichtig, notwendige Aktionen, die in der Diskussion auf der Konferenz angesprochen werden, zu organisieren.

Die Gewerkschaften in den verschiedenen Mitgliedsländern müssen sich zahlreichen Herausforderungen in den Bereichen Beschäftigung, Arbeitsbedingungen, Beschäftigungsfähigkeit und örtliche Entwicklung stellen. Anhand der vier skizzierten Achsen muss eine Informationsdatenbank auf europäischer Ebene zwecks Weitergabe von Kenntnissen der Mitgliedsländer und Ausarbeitung von Aktionen eingerichtet werden:

Europäische Ebene

Die „**Beobachtungsstelle für wirtschaftliche und soziale Herausforderungen im Bergbau**“ soll gemeinsame Überlegungen der Sozialpartner auf folgenden Gebieten unterstützen:

- **Neue Technologien** (genauer: „Clean Coal“-Technologie): Von grundsätzlicher Bedeutung ist, dass die Unternehmen, um den Herausforderungen erfolgreich zu begegnen, die Gewerkschaften in die Vorbereitungen einbeziehen. Dies gilt für Fragen der Produktivität ebenso wie für Fragen der Arbeitsbedingungen und, ganz allgemein, der Umweltverschmutzung im Bergbau. Wir schlagen vor, dass die EMCEF zu nachstehenden Fragen Argumente zusammenstellt und eine Schulung organisiert:
 - Landesgewerkschaften besitzen Argumente, mit denen sie gegenüber Unternehmensleitungen auftreten können, damit sie bei der Ausarbeitung von nationalen Plänen als Grundlage für die Energiepolitik in die Vorbereitung von Entscheidungen mit unvermeidbaren sozialen Folgen einbezogen werden

(siehe Beschäftigung, Bildung, Arbeitsbedingungen). Soziale Aspekte müssen im Rahmen regionaler Entwicklungspläne Berücksichtigung finden. Das Recht der Gewerkschaften auf "Information und Konsultation" ist für effizientes Handeln von grundlegender Bedeutung.

- Gewerkschaften müssen Zugang zu den Ergebnissen von Studien und technischen Forschungen haben, auf die sich ein Unternehmen bei seinen Entscheidungen stützt.
- Es müssen ihnen aktuelle Analysen zur Energiepolitik, Angaben über die Entwicklung der Branche sowie Mittel zur Kompetenzerweiterung und Umstufung zur Verfügung gestellt werden.
- **Umweltschutz** – Folgende Fragen sollten berücksichtigt werden:
 - Clean Coal: Generell finden Technologien zur CO₂-Abscheidung und – Speicherung (CCS) die Zustimmung der Landesgewerkschaften, zumindest im Interesse der Erhaltung von Arbeitsplätzen in der Branche. Trotzdem scheint es, dass die Öffentlichkeit auf diesem Gebiet in Bezug auf die EU-Zielsetzungen nicht ganz auf dem Laufenden ist⁹. Die Gewerkschaften besitzen hier eine natürliche Mittlerrolle, um die Öffentlichkeit gemeinsam mit ihrer Europäischen Föderation für dieses Thema zu sensibilisieren. Wir schlagen vor, über dieses Thema hinaus auf die Tagesordnung der Branchenausschusssitzungen die Ausarbeitung eines Konzeptes zu setzen, das mit angemessenen Mitteln und Mechanismen der „voraussehenden Planung von Arbeitsplätzen und Kompetenzen“ unter Ausnutzung der mit CCS verbundenen Kohletechnologien dient, um auch auf diese Weise einen reibungslosen Übergang aus sozialer und beruflicher Sicht zu unterstützen.¹⁰
 - Rekultivierung und Landschaftsordnung von Bergbauregionen: Zusammen mit dem europäischen Verband der Bergbauregionen müsste eine Landschaftsordnungsbilanz von Bergbaustandorten gezogen werden, um diesbezüglich wichtige Erfahrungen zu sammeln.

📖 **Sozialdialog und europäische Charta:** Hierbei handelt es sich um die Erstellung eines Dokuments, in dem die Sozialpartner gemeinsam die Rolle der Gewerkschaften und ihre vollberechtigte Beteiligung an der Ausarbeitung strategischer Pläne auf europäischer und nationaler Ebene festhalten. Davor muss man sich jedoch in jedem Mitgliedsstaat einen genauen Überblick über den Zustand und die Funktionsweise des Sozialdialogs verschaffen, die Ergebnisse erfassen und analysieren sowie die Repräsentativität der Akteure bewerten.

⁹ "KLIMAWANDEL, NEUE INDUSTRIEPOLITIK UND ÜBERWINDUNG DER KRISE" – Bericht im Auftrag des EGB und gemeinsam mit der Europäischen Kommission finanziert

¹⁰ Gleiche Quelle

Länderebene

Größtenteils lassen sich die aufgelisteten Maßnahmen in jedem Mitgliedsstaat umsetzen. Es könnte wie folgt verfahren werden:

MASSNAHMEN	MITGLIEDSSTAATEN	KOMMENTARE
Zusammenstellung von Argumenten in den Ländern für die Erhaltung der Kohleförderung, die die Energiepolitik beeinflusst.	Alle am Projekt teilnehmen Mitgliedsstaaten, besonders die, die zwischen 2004 und 2007 beigetreten sind.	Die Argumente müssen sich auf strategische soziale Faktoren beziehen (Forschung, Innovation) und gemeinsam mit den Arbeitgebern ausgearbeitet werden.
Ihre Einbeziehung in gemeinsame Überlegungen und Entscheidungsprozesse. Das Thema beinhaltet die Frage des Zugangs zu aktuellen Informationen auf folgenden Gebieten: Energiepolitik, Branchenentwicklung, Instrumente zur Kompetenzerweiterung, Umstufungsinstrumente.	Gleiche Mitgliedsstaaten	Sehr hilfreich sind die spanischen Erfahrungen (oder auch die anderer, nicht am Projekt teilnehmender Mitgliedsstaaten), damit wir den Gewerkschaften in Zusammenarbeit mit der EMCEF die uneingeschränkte Beteiligung sichern.
Gebietsentwicklung	Am Projekt teilnehmende Mitgliedsstaaten mit ihren Erfahrungen in Zusammenarbeit mit dem Verband der Bergbauregionen	In die Ausarbeitung einer nachhaltigen Entwicklungspolitik für die Regionen sind die Sozialpartner einzubeziehen, die hierbei ihrer Rolle voll gerecht werden müssen.
Umfassender Überblick über den Sozialdialog, kritische und objektive Zustandsbewertung	Neue Mitgliedsstaaten, die zwischen 2004 und 2007 beigetreten sind.	Diese Untersuchung muss in jedem Land der Umsetzung der Europäischen Charta vorausgehen.

Mit der Umsetzung dieser Maßnahmen wird in jedem Mitgliedsstaat die Ausarbeitung von nationalen Aktionsplänen unter Berücksichtigung der jeweiligen landesspezifischen Zielsetzungen unterstützt.